

NACHRICHTEN

LUXLEAKS-PROZESS

Bewährungsstrafen für Enthüller

LUXEMBURG – Im „Luxleaks“-Prozess sind zwei Enthüller fragwürdiger Steuerdeals internationaler Konzerne mit den luxemburger Finanzbehörden zu Bewährungsstrafen verurteilt worden. Der Hauptangeklagte, ein früherer Mitarbeiter einer internationalen Wirtschaftsprüfungsfirma, erhielt gestern zwölf Monate Haft auf Bewährung und eine Geldbuße. Er wurde für schuldig befunden, rund 45.000 Seiten Dokumente über Steuervereinbarungen großer Konzerne in die Öffentlichkeit gebracht zu haben. Ein anderer Ex-Buchhalter bekam eine Bewährungsstrafe von neun Monaten und ebenfalls eine Geldbuße. Ein französischer Journalist wurde freigesprochen. Die Enthüllungen über Steuersätze von gelegentlich weniger als einem Prozent für große Konzerne hatten 2012 und 2014 eine Debatte über den Steuerwettbewerb von EU-Staaten ausgelöst. (dpa)

FLÜCHTLINGSDRAMA

Wrack aus dem Mittelmeer geborgen

ROM – Mehr als ein Jahr nach der bislang schlimmsten Flüchtlingstragödie im Mittelmeer hat Italiens Marine das Wrack des gesunkenen Boats geborgen. Die Suchmannschaften holten die Überreste des Schiffs, das im April 2015 mit mehr als 700 Menschen an Bord vor der Küste Libyens kenterte, bereits am Montag vom Meeresgrund in fast 400 Metern Tiefe, wie die Marine gestern mitteilte. Das Wrack, in dem sich noch viele Leichen befinden dürften, soll nun nach Sizilien gebracht und untersucht werden. Nur 28 Menschen hatten die Tragödie überlebt. (dpa)

RESERVISTENVERBAND

Geldverschwendung: Präsident geht

BERLIN – Der Präsident des Verbandes der Bundeswehr-Reservisten, Roderich Kiesewetter, ist zurückgetreten. Als Grund gab der CDU-Abgeordnete Geldverschwendung seines Verbandes an. Für einen Empfang in Berlin mit 400 Gästen seien 20.000 Euro ausgegeben worden. Von den Kosten habe er nichts gewusst. „Da ich aber, auch wenn ich nicht über Einzelvorgänge unterrichtet sein muss, die Gesamtverantwortung für unseren Reservistenverband trage, trage ich auch die Konsequenzen“, erklärte Kiesewetter. (dpa)

DEUTSCHLAND-RUSSLAND

Putin plädiert für enge Freundschaft

MOSKAU – Der russische Präsident Wladimir Putin hat vor Thüringer Schülern in Moskau für eine enge Freundschaft zwischen Deutschland und Russland plädiert. Wenige Tage nach dem 75. Jahrestag des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 besuchte Putin gestern überraschend ein Geschichtsprojekt der Deutschen Schule in der russischen Hauptstadt. Dabei beschäftigten sich die deutschen Schüler aus Moskau sowie Mädchen und Jungen aus Bad Salzungen und dem russischen Rschew mit dem Zweiten Weltkrieg. Die Erinnerung an den Krieg und seine Opfer sei notwendig, um zu verhindern, dass sich die Geschichte wiederholt, sagte Putin. (dpa)

AFD-STAMMTISCH

Unbekannte greifen Gaststätte an

ZELLA-MEHLIS – Unbekannte haben ein Lokal in Zella-Mehlis in Thüringen angegriffen, wo sich die AfD gestern zu einem Stammtisch treffen wollte. In der Nacht wurden neun Fenster beschädigt und die Vorderseite des Gebäudes auf etwa 13 Metern Länge mit roter Farbe beschmiert. Der Schaden wurde auf etwa 4000 Euro beziffert. (dpa)

# „Spionieren unter Freunden ist nun sogar per Gesetz erlaubt“

Der Geheimdienst-Kontrolleur der Linken, André Hahn, hält die Novelle zur Aufsicht des BND für wirkungslos

BERLIN – Als Konsequenz aus der Bespitzelung von befreundeten Staaten durch den Bundesnachrichtendienst (BND) hat die Regierung Regeln für eine strengere Kontrolle des deutschen Auslandsgeheimdienstes vorgelegt. Demnach sollen künftig drei hochrangige Juristen vom Kanzleramt über heikle Vorhaben informiert werden. Alessandro Peduto hat darüber mit dem sächsischen Linke-Bundestagsabgeordneten André Hahn gesprochen. Er ist Vizevorsitzender des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKGr), das bislang allein für die Geheimdienstaufsicht zuständig ist.

**Freie Presse: Herr Hahn, welche Punkte im neuen BND-Gesetz halten Sie für sinnvoll und wo sehen Sie Nachbesserungsbedarf?**

**André Hahn:** Der Entwurf bleibt weit hinter den von der Regierung selbst postulierten Ansprüchen zurück. Es gibt auch künftig keine eindeutigen Rahmenbedingungen für den BND. Stattdessen enthält der Entwurf viele schwammige Formulierungen, die weiter nach Belieben ausgelegt werden können. Eine spürbare Beschränkung der Befugnisse des BND ist nicht zu erkennen, sondern im Gegenteil eine Ausweitung. Es ist leider das eingetreten, was wir befürchtet haben: Anstatt dem BND klare Grenzen aufzuzeigen und Grauzonen zu beseitigen, soll nun fast alles nachträglich gesetzlich legitimiert werden, was sich im NSA-Untersuchungsausschuss als unzulässig und rechtswidrig, mindestens aber als fragwürdig herausgestellt hat.

**Wird das Kanzleramt stärker in die Pflicht genommen?**

Es ist einer der ganz wenigen Punkte, die man positiv sehen kann, wenn künftig das Kanzleramt über



Antennenkuppeln der BND-Abhörstation im bayerischen Bad Aibling. Wird mit dem neuen BND-Gesetz das Ausspähen befreundeter Staaten und Institutionen legalisiert?

FOTO: ANGELIKA WARMUTH/DPA/ARCHIV

die Ausspähung von EU-Institutionen oder -Amtsträgern unterrichtet wird beziehungsweise diese ebenso wie gemeinsame Dateien mit Geheimdiensten anderer Staaten genehmigen muss. Dann kann man dort nicht mehr wie bisher behaupten, von allem nichts gewusst zu haben.

**Kann das geplante Gremium aus zwei Richtern und einem Bundesanwalt am Bundesgerichtshof die Arbeit des BND besser kontrollieren als der Bundestag?**

Ich glaube nicht. Warum sollte man brisante Informationen, die man bisher den Abgeordneten vorenthalten und Bereitschaft, in Zweifelsfällen auch mal den Konflikt mit der Regierung zu suchen, bestehen ohnehin erhebliche Zweifel. Schließlich werden die Mitglieder durch das Kabinett berufen. Die Bundesregierung sucht sich also künftig ihre eigenen Kontrolleure aus. Das sagt doch schon alles.

**Wie beurteilen Sie, dass Ausspähung von befreundeten Staaten oder EU-Organisationen in Ausnahmefällen erlaubt sein soll?**

Bundeskanzlerin Merkel hat sich mit ihrer Zustimmung zum Entwurf selbst widersprochen. Spionieren unter Freunden geht künftig doch und ist nun sogar per Gesetz erlaubt. Ursprünglich sollte genau das untersagt werden. Die Hürden für das Ausspähen in der EU sind lächerlich niedrig. Es reicht schon, wenn dadurch die Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik gewahrt werden kann oder dadurch sonstige Erkenntnisse von außen- und sicherheitspolitischer Bedeutung zu gewinnen sind. Damit kann man alles und nichts begründen. Hinzu kommt: Sämtliche internationale Organisationen, Institutionen und Regierungen außerhalb der EU sind weiterhin vogelfrei und können ohne jede Einschränkung ausspioniert werden.

**Im Bundestag ist bislang allein das PKGr für die Geheimdienstkontrolle zuständig. Ist das Ge-**

**setz eine Art Misstrauensvotum gegen das Parlament?**

Man kann das durchaus so sehen. Es werden immer neue Gremien geschaffen, um die sogar im Grundgesetz verankerte parlamentarische Kontrolle auszuhebeln. Ich hoffe, dass auch noch einige Kollegen von Union und SPD das erkennen und Korrekturen vornehmen.

André Hahn

Der sächsische Linke-Politiker ist seit 2013 Mitglied des Bundestages.

Bis 2012 war er PDS- bzw. Linksfraktionschef im Dresdner Landtag. Hahn ist im Bundestag Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Fraktion und Vizechef des Parlamentarischen Kontrollgremiums, das die Geheimdienste beaufsichtigt. Zudem ist er stellvertretendes Mitglied im NSA-Untersuchungsausschuss. (ape)



FOTO: ANNO BURGI/DPA/ARCHIV

## Liefert DNA neue NSU-Mittäter?

Der NSU-Ausschuss will Tatort-Spuren abgleichen. Eine Basis dafür liefern 43 DNA-Spuren aus dem Wohnmobil und der Wohnung des NSU in Zwickau.

VON JENS EUMANN

BERLIN – Von wem stammen die DNA-Spuren auf Trommel und Laufjenes Revolvers, den Ermittler im November 2011 neben den Leichen der mutmaßlichen Terroristen Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt im ausgebrannten Wohnmobil in Eisenach fanden? Das ist eine der Fragen, denen der Untersuchungsausschuss des Bundestages zum Terror-Komplex „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) nach der Sommerpause nachgeht.

„Uns ist aufgefallen, dass an 27 Tatorten, die dem NSU zugerechnet werden, keine DNA von Mundlos, Böhnhardt oder Zschäpe festgestellt werden konnte, aber dafür anonyme DNA. Deshalb muss man der Frage nachgehen: Stammt diese DNA möglicherweise von Mittätern?“ Das sagte der Ausschussvorsitzende Clemens Binninger (CDU) dem MDR. Als Vergleichsbasis für Spuren an den übrigen Tatorten könnten jene laut Bundesanwaltschaft 43 noch nicht zugeordneten DNA-Spuren aus dem Wohnmobil und der mutmaßlich von Beate Zschäpe angezündeten Zwickauer Wohnung des Trios dienen.

Auf dem Abzug einer im Wohnmobil gefundenen Ceska-70-Pistole

– wohlgermerkt nicht die Tatwaffe Ceska 83 der sogenannten Ceska-Mordserie – fand man weibliche DNA. Und diese stammt nicht von Beate Zschäpe. Auch auf der beim Polizisten-Mord von Heilbronn gestohlenen Handschelle der erschossenen Polizistin Michèle Kiesewetter, die man im Zwickauer Brandstutt fand, gibt es bislang anonyme DNA. Außerdem könnten weitere DNA-Spuren klären helfen, wessen Kind Zschäpe und Böhnhardt beim Abholen des zur letzten Ausfahrt der beiden NSU-Männer gemieteten Wohnmobils begleitete. Zeugen beim Autovermieter im Vogtland hatten ein blondes Kind beschrieben. Auf einem Teddybär, einer Puppe und einem Spielzeughubschrauber im Wohnmobil gab es unbekannte DNA.

Das NSU-Trio

Insgesamt zehn Morde werden dem „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) angelastet. Das Trio, das sich jahrelang in Chemnitz und danach in Zwickau versteckte, soll zwischen 2000 und 2006 neun Männer mit ausländischen Wurzeln ermordet haben. Auch der Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter im Jahr 2007 soll auf das Konto des NSU gehen. Hinzu kommen mehrere Bombenanschläge und mehr als ein Dutzend Banküberfälle. Anfang November 2011 flog das Trio auf: Nach einem Banküberfall in Eisenach wurden Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt in ihrem Wohnmobil von der Polizei umzingelt und sollen sich daraufhin umgebracht haben. Beate Zschäpe als einziges überlebendes NSU-Mitglied steht seit Mai 2013 in München vor Gericht. (hr)

ANZEIGE

www.facebook.com/sachsenlotto

**DIESEN FREITAG:**  
**CA. 40 MIO. €**  
**IM JACKPOT**

Die Gewinnchance auf den Höchstgewinn beträgt rd. 1 : 95 Mio.

**Bei SACHSENLOTTO:**

- ONLINE
- ANNAHMESTELLE
- MOBILE
- DAUERSPIEL

**EURO JACKPOT**

Spielteilnahme ab 18 Jahren. Verantwortungsbewusst spielen. Glücksspiel kann süchtig machen!  
Nähere Informationen unter: BzGA 0800 1372700 (kostenlos und anonym) und www.sachsenlotto.de

3749662-101